

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sigel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Welkstein, Stabitz.

Anzeigenspreis: Die 6 spaltenige Millimeterzeile ober deren Raum 10 Goldpfennige. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Restliche Preise: Die Millimeterzeile 4 spalten ober deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Dienstag, 17. Juni 1924

Bestellpreis: Bei wöchentlich 6 maligem Erscheinen monatlich 2.— DM. wöchentlich 50 Pf. Einzelne durch Straenbbl. u. Post 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postfachkonto Breslau Nr. 210 80. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837.

Der weiße Schrecken in Deutschland!

Klassenjustiz und kein Ende. — Unmenschliche Qualen der Brüder. — Der Kampf um die Freilassung. — Die Rote Hilfe auf der Wacht!

Die Eröffnungs Sitzung im Reichstag hat der ganzen Welt die verzerrte Frage der „deutschen Demokratie“ und die Willkür der Klassenjustiz offenbart. Immunität für kommunistische Abgeordnete gibt es in der Ebert-Republik nicht. Längst arbeiten die Parlamente den berufsmäßigen und gut bezahlten Henkersknechten der „demokratischen Rechtsauffassung“ willfährig in die Hände.

Nicht nur im Reichstag, sondern in allen Länderparlamenten, in Bayern, Württemberg, Thüringen, Sachsen, Hamburg, Mecklenburg und Bremen wandern kommunistische Abgeordnete in die Gefängnisse wegen Ausübung ihrer politischen Auffassung, die sie im Auftrage von Millionen Wählern ausüben.

Die Klassenjustiz ist ein wichtiger Faktor der faschistischen Konterrevolution. Je mehr sich die Macht auf Seiten der Reaktion verfestigt, um so brutaler wuten die Klassengerichte gegen das revolutionäre Proletariat. Mordmorde sind ja schon längst zur politischen Waffe gegen die Führer der Arbeiterklasse geworden. Und in offener Feldschlacht des Bürgerkrieges sind bereits Tausende tapferer Genossen ermordet. Jetzt ist aber auch in der freiesten der Republiken der politische Justizmord zum System erhoben.

Die dunkelsten Zeiten des Faschismus werden von der republikanischen Gerichtsbarkeit in Deutschland übertroffen.

Waren die zaristischen Gefängnisse die schrecklichsten und qualvollsten für die Revolutionäre, so sind die Leiden, welche deutsche Proletarier hinter Kerkermauern erdulden müssen, nicht minder qualvoll und grausam. Aus der bayrischen Peter-Paulskirche, dem beruchtesten Niederschönenfeld, kommt jetzt ein gellender Marnruf:

Der Dichter Erich Muscham, der dort für 15 Jahre eingekerkert wird, liegt todkrank daneben.

Ihm fehlt jede artzliche Hilfe. Den faschistischen Gefangnisarzt, Dr. Steinbel, lehnt er mit Recht ab; denn es war derselbe Arzt, der den Tod des Genossen Hagemeister auf dem Gewissen hat. Hagemeister wurde von ihm, bereits todkrank, als Simulant bezeichnet.

Muscham soll genau so wie Hagemeister zu Tode gequält werden.

Einst übertrug sich der Oberstaatsanwalt Hoffmann im Beisein des späteren Reichsjustizministers Emminger einem Festungsgefangenen in Niederschönenfeld gegenüber:

„Wir haben Ihr Leben vollkommen in der Hand“.

Und das sie mit dem Leben der politischen Gefangenen Schindluder treiben, beweist aufs neue

der Tod des Gen. Christian Raich im Ulmer Festungsgefangnis. Kerngesund trat der Genosse im Februar d. J. seine Strafe an und Anfang Juni starb er unter den fürchterlichsten Qualen im Gefängnis.

Der Gefangnisarzt, der bereits in anderen Fällen sich ganz brutal gegen kranke Inhaftierte benommen hatte, verhängte das Todesurteil über den Genossen Raich. Denn er erklärte, trotzdem ein Justizrat eine Strafuntersuchung befürwortete, das nur Sterbensranke eine solche Bergunstigung bekommen.

In München ist der Genosse Heimsburg dem Wahnsinn nahe. Durch die lange Unterernährung und Einsamkeit ist er völlig körperlich und geistig zusammengebrochen.

Wahre Orgien feiern die faschistischen Wastlinge, denen das Leben der proletarischen Gefangenen in ihrer Eigenschaft als Gefangnisvorstand und Gefangnisarzt in die Hände gegeben ist. In der bayrischen Hölle Niederschönenfeld, wurde Genosse Sauber (bereits seit 1919 mit 20 Festungsgefangenen und etwa 40 Genossen, die zu Zuchthaus verurteilt sind, inhaftiert) auf die teuflischste Art vom Oberstaatsanwalt Hoffmann gefoltert. Wegen eines von Hoffmann provozierten Wortwechsels wurde

Genosse Sauber von 10 Aufsichtern gepackt und in eine Zwangsjacke gesteckt; an Händen und Füßen gefesselt warf man ihn auf den kalten Boden einer leeren Zelle. Zwei Tage lang ohne Speise und Trank, in seinem eignen Kot und Urin liegend, müsste er so zubringen. Außerdem wurde er noch geknebelt. Der Oberstaatsanwalt Hoffmann, der dann die Zelle betrat, gab dem vor Schmerzen halb ohnmächtigen Genossen unter den gruslichsten Schreien noch einen Futritt.

Aber auch in anderen Teilen Deutschlands werden die bestialischsten Qualereien an den Gefangenen verübt. Vor kurzem starb in Hamburg durch die Schuld des dortigen Gefangnisarztes ein kommunistisches Burgerkriegsmittglied. Jetzt kommt aus Stergard die Nachricht, das die 72jahrige Mutter eines Genossen für hinfahrig erklärt und in Untersuchungshaft gebracht wurde!

Kein Wunder ist es, das sich in erschreckender Weise die Fälle mehren, wo politische Gefangene den letzten verweisselten Schritt gegen die Justiz zu unternehmen und in der Hungerkurrei treten. Werden doch wahlos ohne jeden Schein des Rechts in allen deutschen Gauen hunderte, ja Tausende von Kommunisten in Untersuchungshaft gehalten

monate- und jahrelang; Untersuchungshaft und keine Seltene tun Wohlgehehrt, Untersuchungshaft, wo selbst trotz der raffiniertesten Konstruktion eines Deliktes die Klassenrichter eine Verurteilung nicht durchführen können oder nur zur Rechtfertigung der Untersuchungshaft Strafen verhängen.

Noch ist der Fall des Genossen Smolka frisch in Erinnerung. Grundlos verhaftet, erzwang er eine Verhandlung durch Hungerstreik. Bei der Verhandlung versagte der Polizeispichel, welcher die Verhaftung des Genossen veranlaßt hatte, so das der Prozeß mit Freispruch endete.

In München traten 62 Kommunisten in den Hungerstreik. Heute noch, nach 18 Tagen, führt der kranke Genosse Frank den Hungerstreik heldenmutig durch.

In Schweidnitz erkämpften 8 Genossen, welche 7 Monate lang ohne jede Anlage in Untersuchungshaft saßen, durch Hungerstreik ihre Verhandlung.

Trugwahr, es gibt keine schärfere Anlage gegen die Brutalität der Henkerjustiz, als die sich wiederholt-mehrenden Hungerstreiks.

Die weiße Justiz ist bei ihren Verfolgungen Kommunisten und Klassenbewuten Proletariern gegenüber zügellos. Noch sind die Gefängnisse und Zuchthuser vom Rapp-Butsch, der Rathenau-Demonstration, der Münchener Ratezeit und den mitteldeutschen Kämpfen überfüllt. Und neue ungezählte Opfer muß jetzt die Arbeiterklasse auf Grund der Emmingerischen Schnelljustiz bringen.

Kein Tag vergeht ohne neue Riesenprozesse, die die ungeheuerlichen Strafen im Gefolge haben.

Deutsche Polizeiorgane arbeiten der französischen Militarjustiz in die Hände. Die internationale Einheitsfront der kapitalistischen Ausbeuter ist selbst unter den sogenannten „Erbschenden“ sofort hergestellt, wenn es um die Erledigung der revolutionären Arbeiterklasse geht. Erst vor kurzem hat das französische Kriegsgericht in Mainz auf Grund der Zeugenaussagen deutscher Polizeispichel 57 Kommunisten zu 132 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

In Weimar fand ein Riesenproze gegen Proletariat statt, bei dem nach fast dreiwöchentlicher Verhandlung

133 Arbeiter zu 13 1/2 Jahren Zuchthaus und 55 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Trotz des offensichtlichsten Klassencharakters der „ordentlichen“ Gerichte werden zur rationaleren Arbeit unter dem Protektorat des sozialdemokratischen Reichspräsidenten besonders ausgeiebt und ihrem kommunistentoller erprobte Klassenrichter zu Sondergerichten zusammengestellt. Die Sondergerichte sind der konzentrierteste Ausdruck der weißen Justiz.

Die Hamburger Sondergerichte haben im Muten der Schnelljustiz Tausende und aberlautende Schreckensurteile gegen die mutigen Oktoberkampfer gefällt.

Todesurteile, Lebenslange Zuchthaus- und Gefängnisstrafen sind an der Tagesordnung.

Noch heute ist die Hamburger Justizquillotte in außerordentlicher Tätigkeit. Prozesse mit 39, 50, ja 90 Angeklagten sind an der Tagesordnung. Urteile mit 2-10 Jahren Gefängnis oder Festung sind keine Seltenheit.

Die weiße Justiz hat sich auch ihre Spezialisten geschaffen. Der beruchteste Staatsanwalt Freiherr von Rapoport in Stuttgart ist ein solcher Spezialist, der mit einem großen Stab von Amtsrichtern, Spichel und Kriminologen seit Jahr und Tag den brutalsten Feldzug gegen die württembergische Arbeiterklasse führt.

Auf seine Veranlassung ist der ganze Redaktionsstab der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ verhaftet worden. Eine Redakteure, wie die Genossen Stetter, Schaed, Müller, Hammer und Schreiner sind so mit Anlagen überfüllt, das sie Tag für Tag Verhandlungen hatten und haben. Jeder von ihnen ist nicht weniger als 10-35 mal unter Anklage gestellt.

Landesverrat, Hochverrat, Anreizung zum Klassenha, kurz um das ganze Register des Straengesetzes wird ihnen wegen der einfachsten Presseuerungen wisen die Beine geworfen. Die Knebelung der kommunistischen Presse und die Entfaltung der Redakteure ist die vornehmste Spezialität der weißen Justiz.

Die Zuchthaus-Schande während der Verhandlungen enthält die wichtigsten Mihandlungen der weißen Soldateska gegen Tausende von Proletariern.

11344 Anlagen in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Mai wurden gegen revolutionäre Arbeiter erhoben.

Dies sind nackte Zahlen, die der juristischen Kontrolle der SPD. registriert wurden. Sie sind noch unvollständig, da die Riesenprozesse der Hamburger Sondergerichte nicht mit einbezogen sind und viele kleinere Prozesse ohne Rechtsbehelf von den Angeklagten geführt wurden. Aber diese Zahlen die furchtbare Bilanz und ungeheure Brutalität der weißen Justiz zum Ausdruck.

Man muß sich aber vergegenwärtigen, das jeder Proletarier, der von den Zarenknechten der Justiz ins Gefängnis geworfen wird, doppelt und dreifach verurteilt wird.

Hunderte deutscher Proletarierkinder sind zu Waisen und Halbwaissen geworden. Ihre Väter, ja, sogar ihre Mütter sind in den Schutengraben des Bürgerkrieges gefallen, von den weißen Gardes und Faschisten gemordet oder aufs Schandlichste zu Tode gefoltert worden!

In Tausenden von Familien, deren Ernährer in den Zwingburgen der Klassenjustiz schmachten, hungern und darben Kinder und Frauen.

Ingeniehrs dieser ungeheuren Opfer ist es die vornehmste Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse, nicht zu raffen und zu ruhen, bis der letzte Gefangene den Klauen der weißen Justiz entzissen ist.

Der Kampf um die Amnestie der politischen Gefangenen muß mit verstärkter Kraftanstrengung geführt werden.

In Stadt und Land, in Werkstatt und Kontor muß ein unwiderstehlicher Druck erfolgen und ein millionenfacher Ruf erschallen:

Nieder mit der weißen Justiz! Heraus mit den politischen Gefangenen! Sofortige und restlose Amnestie für alle politischen Freiheitskämpfer!

Der zum Himmel stinkende Skandal deutscher Justizhande wird aber erst dann restlos beseitigt sein, wenn das Proletariat die Kraft und den Willen anbringt, und das gesamte Faschistengesindel und ihre Helfershelfer, die sozialdemokratische Führerschaft von der politischen Bildsache beseitigt.

Bis dahin erwacht aber der deutschen Arbeiterklasse eine nicht aufschiebende Ehrenpflicht:

Den Kämpfern im Kerker muß Hilfe gebracht werden, der Hunger ihrer Familien muß gestillt und den Angeklagten muß Rechtsbehelf gegeben werden!

Durch die Eisenkette der Zuchthuser und Gefängnisse ruft es tausendstimmig:

Proletarier! Bringt Rote Hilfe!

Rote Hilfe bringen, das ist die revolutionäre Pflicht der Arbeiterklasse. Solidarität ist das enge Band, welches unzerbrechbar die gefangenen Kampfergenossen mit den Proletariaten in Betrieb und Werkstatt verbindet. Das Ergebnis der Roten Hilfe-Sammelwoche muß beweisen, das die Schreckensurteile und das Wuten der weißen Justiz es nicht vermochten, die Opferbereitschaft und den jähen Kampfesgeist des Proletariats zu brechen. Nein, um so entschlossener muß er zum Ausdruck kommen:

Deutsche Arbeiterklasse! Auf ans Werk! Sammelt und opfert für die Rote Hilfe! Schart Euch zum Kampfe für die weiße Justiz! Erklampft die Amnestie für eure proletarischen Klassenkämpfer!

Das sozialdemokratische Ideal: Der Belagerungszustand.

Man muchte jedem sozialdemokratischen Arbeiter die Reden der Müller, Bels, Solmann usw. auf dem Parteitag der SPD. zu lesen geben. Wir sind von den sozialdemokratischen Führen manches gewohnt. Aber sie verstehen es, ihre Schamozifelle immer wieder zu überlegen. Der Herrmann Müller, der eine ganze Reihe nach der anderen für die Koalitions-politik bricht. Heute ist das freilich nur noch ein demutiges Betteln an die Bourgeoisie um die Ministerposten, die sie den Sozialdemokraten nicht mehr gibt. Aber sie tun es auch so. Sie unterstützen die Regierung Marx, die Regierung des Belagerungszustandes des Raubdes des Achtstundentages, des Beamten- und Lohnabbau. Selbstverständlich tun sie das, wie Herrmann Müller ausführt, nur unter dem Namen der Demokratie und der Republik! Die „Republik“ ist Feindblatt für die Diktatur des Großkapitals mit Stahlharn und Bismarck. Damit es jeder weit, erklärt Herrmann Müller den Begriff der „Demokratie“. Das beste System der „Demokratie“ ist das „System Severing“ — das System der konterrevolutionären Konterrevolution und des Arbeitermordes a la Halle, das System des Polizeiberbergs auf der Handelsvertretung Sowjetrusslands, das System der Richterischen Presseverbote und der allgemeinen Kommunistenhetze!

Genügt das nicht?

Aber Herrmann Müller demaskiert die Lüge der „Demokraten“, die Lüge, mit der die Sozialdemokraten die Massen betrügen, noch vollständiger. „Demokratie“, sagt er, „ist sehr gut mit Belagerungszustand vereinbar!“

Arbeiter, wit Ihr jeht, was die Demokratie der Sozialdemokraten ist?

Demokratie — das ist die Herrschaft der weißen Soldateska.

Demokratie — das sind die Mihandlungen, Verfolgungen, Anhaftierungen der Arbeiter nach dem Muster Kozkes und Lebeds.

Jetzt wit Ihr — was Demokratie heißt!

Die sachlichen Bergarbeiter kämpfen weiter.

Aus Chemnitz wird uns am Sonntag gemeldet: In unerschütterlicher Front stehen die sachlichen Bergarbeiter im Kampf. Der Verrat an der Ruhr, der dadurch bedingte Abbruch der oberirdischen Kämpfe hat nicht vermocht, die sachlichen Bergarbeiterfront zu zerlegen. Die Unternehmer glauben schon gewonnenes Spiel zu haben, nachdem die sachlichen Bergarbeiter allein kämpfen müssen. Rücksichtslos und brutal glauben sie an den Bergproleten Rache üben zu können. Ein Scheiternspruch des Reichsarbeitsministeriums über den Schlichterstandpunkt der sachlichen Unternehmer voll und ganz Rechnung trägt. Sollte ihnen die Handhabe zu Maßregelungen und grenzenlosen Verschönerungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen geben. Dieser Schlichterstandpunkt verlangt die bedingungslose Wiederannahme der Arbeit bis zum 18. Juni. Aber die Forderungen der Bergarbeiter über die Lohn- und Arbeitsbedingungen ist in diesem Schlichterstandpunkt überhaupt nicht gesagt. Dagegen sollen die Unternehmer das Recht haben, die Einstellung der Arbeiter nach ihrem Belieben vornehmen zu können. Im Streitfall soll ein Unparteiischer entscheiden. Die ausgefallenen Schichten sollen auf die tarifliche Urlaubszeit angerechnet und mit der Hälfte der tariflichen Entschädigung abgegolten werden.

Die Gewerkschaftsvertreter erniedrigen sich keineswegs, die an Schlichterstandpunkt, der nichts weiter als ein Produkt der diktierten Schlichter der sachlichen Berggewaltigen ist, den Delegierten der Reichsarbeitsverwaltung zur Annahme zu empfehlen. Die von den Gewerkschaften einberufene Revidentenkonferenz gab diesen Kapitalisten die einzig richtige Antwort und lehnte den Schlichterstandpunkt einstimmig ab. Eine von der Opposition einberufene Revidentenkonferenz beschloß ebenfalls Fortsetzung des Kampfes. Jetzt steht es bei den Unternehmern, der geschlossene Wille der sachlichen Bergarbeiter entgegenzustellen.

Die Zentralstreikleitung sandte an die sämtlichen Eisenbahnerorganisationen ein Schreiben, in dem diese aufgefordert werden, mit den im Kampf stehenden Bergarbeitern die engste Verbindung aufzunehmen, um gemeinsam für die Zurückforderung des Abschlußkampfes zu kämpfen. Nur durch die aktive Kampfpartizipation werden die Eisenbahner und die Bergproleten die Voraussetzung für eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes erreichen.

Wieder eine Blamage des Herrn Geveking.

Freispruch des Herrn Wolfflein.

Es wird, — das ist meine bestimmte Ueberszeugung — in der gerichtlichen Untersuchung festgestellt werden, daß Frau Abgeordnete Wolfflein mindestens an der Vorbereitung und der Durchführung eines Verbrechen beteiligt war. Dann ein dreifacher Schwindel über das, was sich zugetragen haben soll und dann eine Verschönerung der Inhaltierung unserer Genossin, die die Genossin grundlos verhaftet hatten, zu rechtfertigen.

Der Vorfall beschäftigt jetzt das Berliner Amtsgericht. Aber hatte man in Ermangelung jeglicher Beweise und etwas weniger direkt und geistesfähig, als Geveking, nur wegen Uebertretung angeklagt. Genossin Wolfflein erklärte, daß sie diese Verhandlung bearbeite, um Lügen der amtierenden höchsten Stellen gerichtsnotorisch als Lügen nachzuweisen. Ausgehend von dem oben skizzierten Geveking-Schwindel gab sie dann eine Darlegung der Vorgänge bei der ersten Demonstration gegen das Verbot der SPD. Als sie im Lustgarten die erregten und brutal ausbrechenden Demonstranten sah, beobachtete sie sie scharf, um wegen ihres Verhaltens gegen sie vorzugehen. Der Aufforderung weilerzugehen, kam sie nur soweit nach, als die Erfüllung der Pflicht dadurch nicht gefährdet ward. Wenn das Gericht dies räumt, so geht es ab, um die herrschende Polizeidiktatur zu decken. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark, obwohl die Höchststrafe für dieses Verbrechen nur 60 Mark ist.

Der Verteidiger Dr. Cohn wies nach, daß eine Verurteilung überhaupt nicht erfolgen könne. Genossin Wolfflein konnte nochmals, daß sie das Recht und die Pflicht gegenüber einer wildgewordenen Soldateska nicht Christi zu sein, abzuwehren habe. Wenn das Ge ist vernünftig, so kennzeichnet sich hier das Gericht, wie in den tausend und abertausend Fällen, wo man gegen Kommunisten ohne Grund vorgeht, als eine Inquisition des Klassenfeindes des Proletariats.

Das Gericht sprach die Genossin Wolfflein frei. Genau so wie im Falle Wolfflein werden die Anklagedinge gegen Weiser, Schicht und hundert andere Genossen sich als blinder Schwindel erweisen.

Die Mussolinihelden mordeten Matteotti

Die Gabe letzter Woche schickte wurde, ist der spezialverhandelte sozialdemokratische Abgeordnete Matteotti von Faschisten verhaftet und nach dem grauenhaften Folterungen ermordet worden. Seine Leiche, die mit eingeschlagener Schädel, zahlreicher Schuss- und Stichwunden angefauldet wurde, ist beiseite verschleppt.

Wie bekannt wird, beschloß Matteotti in der Kammer eine Besetzungsfahre der Mussolini-Regierung anzuwenden. In ganz Italien herrschte eine ungeheure Erregung. Eine Reihe hervorragender sozialistischer Persönlichkeiten wurden bereits im Zusammenhang mit der Besetzungsfahre verhaftet. Die nichtsozialistischen Oppositionsgruppen des Reiches, der Kammerkammerkammer so lange fern zu bleiben, bis die Angelegenheit rechts abgeklärt und die Schuldigen bestraft werden.

Unter dem Druck der Massenbewegung hat Mussolini die Tat als eine „Dummheit“ öffentlich bekennt. Zur Verurteilung der Genossen wurde gleichzeitig die gesamte sozialistische Bewegung mobilisiert.

Der sozialdemokratische „Kampf“ bekennt, die höchsten Regierungskreise seien mit dem Mord in direkte Verbindung zu bringen, und ist bereit, hierfür den Beweis anzutreten.

Der Mord an dem sozialdemokratischen Abgeordneten zeigt wieder einmal, ebenso wie die zahllosen politischen Mordanschläge der deutschen Faschisten, in welchen Kreisen die Behörden zu suchen sind, die das gesamte Verbrechen in das Arsenal des politischen Kampfes aufgenommen haben. Dieser ungeachtet wird in Italien und in Deutschland auch weiter versucht werden, die Kommunisten als „Brüderlicher Mörder“ hinzustellen und es werden zu diesem Zweck die Polizeigenossen, von den Gestapokriegs-Spezialabteilungen angeführt, auch wieder ihre täglchen Märchen fabrizieren.

Dieser beschändete Mord in Italien ist eine blutige Erinnerung an das deutsche Proletariat. Will es nicht, daß auch hier Vertreter und Angehörige der Arbeiterklasse auf höheren Befehl umgebracht werden, so muß es den Massenkampf gegen den Faschismus aufnehmen, sonst stehen in Deutschland Faschisten ein, wie sie heute in Italien zu sehen sind. Will die sozialdemokratische Führung die Arbeiter auch heute noch zurückhalten, den Ruf der Kommunisten

zu folgen und die Kampffront zu zerlegen gegen den Faschismus, so ist dieser Mord im Mussolini-Land eben an die Adresse der sozialdemokratischen Arbeiter die ernste Warnung. Es zeigt, daß der faschistische Terror, wenn einmal die Bahn durch die Sozialdemokratie gebrochen, im Kampf gegen die Arbeiterklasse keinen Unterschied zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern kennt. Die sozialdemokratischen Führer haben aber am allerwenigsten ein Anrecht, aus dem Mord an Matteotti für sich ein Vertriebskapital zu schlagen; war es doch auch in Italien die Sozialdemokratie, die dem Faschismus durch ihren direkten Verrat an der Arbeiterklasse in den Gassen half. Matteotti ist eben ein Blutopfer dieses sozialdemokratischen Verrats, wie viele tausende namenloser Arbeiter, die vom Mussolini-Terror hingerichtet wurden.

Auch die italienischen Arbeiter werden den Sinn dieser Warnung begreifen. Die Karte Volksempörung, die sogar Mussolini zu einer Unterwerfung zwingt, wird ihre Reihen zum Kampfe gegen den Faschismus unter Führung der kommunistischen Partei.

Die Sitzung der Erweiterten Exekutive.

Am 12. Juni abends wurde im Andreaskanal im Kreml die Sitzung der erweiterten Exekutive eröffnet. Eine Deklaration der französischen Delegation beantragt angesichts der

An den Gräbern von Rosa und Karl und Leo...

Der Tag des Gedenkens. — Der Tag des Schwurs. — Die Grundsteinlegung zum Totenmal.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 16. Juni.

Am Sonntag den 15. Juni demonstrierte das Berliner Proletariat zusammen mit allen aus dem Reich herbeigeeilten Arbeiterdeputierten zu Ehren unserer Toten, die von der Kominternresolution und ihren sozialdemokratischen Dienern erschlagen worden sind. Am Sonntag kam das Proletariat an den Gräbern der Namenlosen, an den Gräbern Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Leo Jogisches, das es nicht ruhen ließ, bis der Sieg der Revolution errungen ist. Am Sonntag legten sie den Grundstein für das Totenmal, das wir unseren Helden Brüdern und Schwestern errichten.

Tausende von Arbeitern waren im Lehrervereinshaus zum Gedenkstündchen, wo Genosse Paul Grösch von Rosa Luxemburg und dem Rest all der dahingewandenen Opfer sprach; der Saal war mit Bannern geschmückt; ein jäwaser Sang stand da, bedeckt von der Fahne, die rot ist von „des Volkes Blut“.

Unterdessen formierten sich die Demonstrationen, die durch die Frankfurter Me zum Reich in Berlin über marschieren. Die Vorgänge waren durch die Polizei des Sozialdemokratischen Reiches abgeheert; nach langen Verhandlungen erst wurde der Einmarsch wenigstens der Deputierten erlaubt. Es kam zu Zusammenstößen. Auf der Rückseite des Friedrichs gelang es den Gegenwärtigen, im Sturm auf und in linken Reihen die Hypertrophie zu überwinden; die Schuppschicht scharf; dank der Gerechtigkeit des Durchbruchs wurde niemand durch die Regier der Polizei getroffen. Auch das Ansehen des Friedrichs war den Protesten der Gedenkstündchen zum Trotz durch Stumpf beiegt, die Zusammenstöße provoziert worden.

Am Grab Rosa Luxemburgs sammelten sich die Deputierten, die aus Hamburg, Thüringen, Sachsen, Rheinland-

zahlreichen Disziplinäre Strafen und angeführt der Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der französischen Partei gegen Souvarine Stellung genommen hat, ihm die beschließende Stimme abzusprechen und durch eine Kommission die Disziplinäre Strafen untersuchen zu lassen. Souvarine verteidigt sich in längeren Ausführungen. Die französische Delegation unterstützt das Präsidium, wonach beschlossen wird, zur Untersuchung der Disziplinäre Strafen eine Kommission einzusetzen, die beschließende Stimme aber zu belassen.

Das Präsidium des Kongresses werden vorgeschlagen, als Vorsitzender Sinowjew, als Mitglieder: Stalin, Ducharin, Trocki von der Sowjetunion; Braun und Gebhardt von Deutschland; Treint und Selzer von Frankreich; Bordiga von Italien; Smeral und Muna von der Tschechoslowakei; Schefflo von Skandinavien; Kolarow von der Balkanföderation; Kraewski von Polen; Katayama von Japan; Roy von Indien; Stuart von England; Dorday von Amerika. Clara Zetkin persönlich. Nach Beendigung der Tagesordnung des fünften Weltkongresses wird beschlossen, daß eine feierliche Eröffnung mit Teilnahme der Arbeiterdelegationen nach dem Eintreffen aller Delegationen stattfinden. Zur Vorbereitung internationaler Kundgebungen am Jahrestag des Weltkongresses ist eine Kommission eingesetzt.

Sinowjew richtete an die Zentrale der SPD ein Telegramm: „Grüße Zentrale, namens fünften Kongresses auf Gräber unversehrten Liebknecht und Luxemburg am 15. Juni bei Demonstrationen Kranze niederzulegen.“

Weißfalten, aus dem Vogtland, aus Mitternberg — aus fast allen Teilen des Reichs herbeigekommen waren. Die Defestierten der Betriebe bedeckten das Grab der Führerin mit Kranzen. „Am der Toten und der Lebenden willen sind wir gekommen.“ — so eröffnet Gen. Rosenfeld die Feier der Grundsteinlegung; dann sprach Genosse Piek. Er öffnete die Schriftrolle, die in den Grundstein eingemauert wird, und las die darauf verzeichneten Worte:

„Unseren großen Toten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogisches und den vielen Tausend namenlosen Kämpfern, die ihr Leben gaben für die Befreiung des deutschen Proletariats und für die Weltrevolution.“

Als die Feier der Grundsteinlegung zu Ende war, übte der brauende Gesang der Internationale über die Gräber der Revolutionäre.

Dies war der Tag, an dem die Genossin und Märtyrerin Opfer über den Gräbern der alten hinstrecken zu lassen gebieten; der Tag, an dem die Lebenden den Toten die Vollendung des revolutionären Werks aus heißem Herzen gelobten — im Namen aller Geknechteten.

Roter Tag in Düsseldorf.

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 17. Juni.

Die rheinisch-westfälischen Bezirke der Kommunistischen Partei Deutschlands rufen die Arbeiter für den 22. Juni zu einem roten Tag nach Düsseldorf, um gegen die faschistischen Rüstungen zu demonstrieren und das Proletariat zu Organisationszwecken zu mobilisieren.

Herriots Poincare-Regierung.

Entgegen seinen bisherigen Erklärungen, er werde den Auftrag zur Regierungsbildung nur aus Händen eines „linken“ Präsidenten annehmen, hat sich Herriot bereit erklärt, der Aufforderung des amtierenden Präsidenten Doumergue auf Bildung eines Kabinetts nachzukommen.

Bekanntlich hat der aus bürgerlichen Kreisen und Sozialdemokraten bestehende „Linksbund“ nach seinem Wahlsieg mit Rücksicht auf die Stimmung der Wählermassen den Rücktritt des Staatskanzlers Millerand gefordert und auch durchgesetzt, um nach dieser Konzeption an die Wählermassen in einer Personensfrage die alte Politik Poincares und Millerands in der Sache um so angeleglicher fortzuführen.

Bei der Wahl des neuen Präsidenten, die von den zu einer „Nationalversammlung“ vereinigten beiden Kammern vorgenommen wurde, zeigte es sich jedoch, daß der sogenannte „Linksbund“, auf den die Sozialdemokraten so stolz waren und berechneten, die Einheitsfront der Arbeiter laborierten. In der ersten kritischen Situation schon vollkommen zerfällt. Es wurde klar, daß große Teile dieses „Linksbunds“ viel zu eng mit dem parlamentarischen Nationalbund verbunden sind, als daß sie auch nur in der Präsidentenwahl gegen diesen Bund auftreten. Dieser „rechte“ Teil des Linksbunds benutzte daher die Präsidentenwahl zu einer offenen Zerstückung des ganzen Linksbunds. Gegen den offiziellen Kandidaten des Linksbunds, den Reichsminister Pauline, wurde mit den Stimmen des Poincare-Bunds und eines bedeutenden Teiles des Linksbunds der Senatspräsident Doumergue, ebenfalls ein Prominent der „Linken“ gewählt.

Durch diese Wahl hat der Linksbund, nach bevor er an die Macht gelangt wäre, bereits eine entscheidende politische Niederlage erlitten, hat seine völlige Hofflosigkeit und Hohlheit erweist. Die französischen und auch die deutschen Sozialdemokraten können sich zu den Kampfgewinnen, die sie sich im Kampf um „Frieden, Freiheit und Demokratie“ erworben haben, wahrlich beglückwünschen.

Der Nationalbund triumphiert mit Recht über diese Präsidentenwahl und stellt fest, daß Doumergue, obwohl ein Mann der „Linken“, eigentlich ihr Mann ist. Das beweist schon seine ganze politische Vergangenheit. Vor dem Krieg 1914, war er Innenminister und hatte als solcher an der Vorbereitung des Weltkrieges, besonders an der Festigung des Bündnisses mit dem zaristischen Rußland, einen so aktiven Anteil, daß ihm Poincare das Zeugnis ausstellen konnte, er sei der „beste Innenminister

Frankreichs“ gewesen. Ein wahrlich schönes Lob für einen Freund der französischen Sozialdemokratie! Während des Krieges hat er als Vorkämpfer in Petersburg diese Fäden eifrig weitergeführt. Daraus folgte nur logisch, daß er als Senatspräsident die Außenpolitik Poincares reflexlos unterstützte.

Die französische Linke will jetzt ihre Niederlage dadurch bejähnen, daß sie hervorhebt, Doumergue sei doch „auch“ ein Linker. Ein schwacher Trost über einen Mann, von dem das führende Organ des Linksbunds „Quotidien“ am Tage der Wahl feststellte: „Doumergues Kandidatur geschieht ausschließlich im Interesse des Nationalbunds. Sie bedeutet eine scharfe Offensive der Reaktion gegen die Linke. Er wird die Arbeit einer linken Regierung hintertreiben und die Fortsetzung der Poincare-Politik bewirken.“

Dieser Charakterist ist nichts hinzuzufügen. Herriot, unterstützt von der Sozialdemokratie, übernimmt die Kabinettsbildung aus den Händen eines neuen Millerands, um die Politik des ersten Millerands fortzuführen. Er nimmt den General Wolfel in sein Kabinett auf. Er beauftragt Courcelle mit der Führung der Reparationspolitik. Wahrlich, die französische Arbeiterklasse wird aus den Illusionen der linken Demokratie wie — viel rascher erwachen, als es sich die Sozialdemokraten träumen ließen. Der Staatsreich, der vom Poincare-Bund mit Hilfe der Linken bei der Präsidentenwahl geführt wurde, wird ihr die Augen öffnen. Die deutsche Arbeiterklasse wird aber nun noch rascher begreifen, daß sie von einer französischen „Linkenregierung“ nur das Beste erwarten kann, wie von Poincare. Sie wird sie auch dementsprechend bekämpfen!

„Ruhredo“ durch Herriots Generale unterdrückt

(Eigener Drahtbericht)

Genen, 17. Juni.

Die französische Besatzung hat das „Ruhredo“ für fünf Tage verboten, weil das Blatt der Ruhrkämpfer die von nun an nachdrücklich geäußerte Meinung von dem grausamen Tod des Bergarbeiters Selbach im Mäurer Militärgefängnis wiedergegeben hatte. Der Kumpel Selbach war unter der Führung der herrinischen Besatzungsjustiz gestorben. — Die kommunistische Zeitung wird unterdrückt, weil sie die Methoden der herrinischen Generale vor der Arbeiterwelt in ihrer Wirklichkeit darstellt. Das ist ein kleines Bild von der Herrinregierung deren „Demokratie“ und „Friedfertigkeit“ die deutsche und französische Sozialdemokratie nicht laut genug lobpreisen können.

Heute abend 7.30 Uhr: Gedenkfeier in den Zentralballfälen.

Breslau.

Preisauschreiben!

Prämienbewerbung. In unserer letzten Nummer wurden leider zwei Genossen nicht als prämiert aufgeführt, denen aber von der Kommission Preise zuerkannt wurden. Es sind dies: Genosse K. Raabe, Diebau, dessen Arbeit in der vorigen Nummer veröffentlicht wurde (ein Wert aus unserer Buchhandlung nach eigener Wahl).

Genosse K. Girsch, Breslau (Trostpreis).

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“
Prüfungskommission.

Revolutionäre Gedenkfeier.

Freitag abends 7.30 Uhr im Generalballsaal, Westendstr. 50-52
Gedenkfeier

zur Ehrung der gemordeten Freiheitskämpfer und der hinter Dittlern schmachtenden politischen Gefangenen.

Ein „großer Tag“ im Stadtparlament.

Heute, Dienstagmorgens, findet eine Stadtverordnetenversammlung statt, die sich mit dem Haushaltsplan für 1924 befaßt wird.

Herr Dars, der Kommissar der SPD., wird seine berühmte große Rede vom Stapel lassen.

Auf der Tagesordnung steht auch die Wahl der unbefeheten Stadträte. Die Sozialdemokraten haben folgende „Pro-tarier“ aufgestellt:

- Rasch, Geschäftsführer,
- Frey, Fabrikbesitzer,
- Zigon, Bäckermeister und Hausbesitzer,
- Sohn, Großkaufmann,
- Zilch, Oberstabsfeldwebel.

Dr. Winzler, Universitätsprofessor.
Die Arbeiter fehlen natürlich auf der Liste dieser „Ar-beiterpartei“.

Der Magistrat als vorbildlicher Arbeitgeber. Von einem Arbeitslosen wird uns geschrieben: Dieser Tage war im Arbeits-nachweis Sonnenplatz ein Aushang: „12 Arbeiter werden für die Gartenverwaltung gesucht. Bedingung: 1,68 Meter groß, muß sämtliche landwirtschaftliche Arbeiten können. Meldung Zimmer 36.“ Im Zimmer 36 wurde noch hinzugefügt: „Be-werber müssen gediente Kavalleristen oder Artilleristen sein und unbefragt.“ — Als sich nun Erwerbslose meldeten, wür-den sie für den nächsten Tag in die Marktverwaltung Kloster-strasse bestellt. Dort erschien der Herr Direktor und suchte die Leute aus. Er erklärte, daß die Leute Gras mähen müssen und es hängt nun davon ab, wie sie sich führen. Vor-läufig würden sie auf 4 Wochen beschäftigt zum Zarislöshaus. Die Leute wurden dann zu den einzelnen Plätzen geschickt, wo sie vorher eingeteilt waren. Hier wurde ihnen erklärt: Sie müssen jeden Morgen Punkt 6 Uhr in Morgenau sein zum Mähen. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, die Laufzeit wird für eine Stunde gerechnet, so daß es 11 Stunden täglich sind. — Soweit die Zuschrift, die nach unserer Nachprüfung den Tatsachen ent-spricht. Wir fragen deshalb den Magistrat, seit wann hat er auch eine besondere Vorliebe für gediente Leute? Wie kommt er dazu auf eigene Faust zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, hier ist der Magistrat wirklich vorbildlich als Ausbeuter.

Achtung! Erwerbslose Genossen! Alle arbeitslosen Ge-nossen treffen sich morgen Mittwoch abends 6.30 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupfer- und Schmiedestraße, zu einer wichtigen Sitzung.

Im Bromnaden-Theater droht man in freier Film-bearbeitung Tolstois „Macht der Finsternis“. Der Verlauf der Handlung zeigt die Verstricktheit des russischen Kleinbauern in religiöse Orthodoxie und zaristische Autorität des Kleinbauern mit seiner Fülle menschlicher Güte, die alles ver-lehrt, „propheetisch“ voraussieht, aber unter „Väterchens Knute zur miltigen, listig-lababenden Kreatur verkrüppelt oder... den Freiheitsdrang seiner unbändigen Naturkraft im knechtenden Sibirien hülfe. Es ist nicht zufällig, daß gerade der Knecht Nikita durch die Auswirkungen eines (freilich damals noch!) individuellen Freiheitsdranges, gegen die Sperren des herr-schenden Systems anrennt und durch sein Verständnis den Bauern offenbar werden läßt, in welchen Mörast izziger Mörastgriffe sie sich stecken. Freilich, weder Tolstoi noch diese Bauern, noch Nikita selbst finden aus marxistischer Erkenntnis und ihrer Aus-wirkung im heroischen Aufstieg zur sozialistischen Revolution, eine Lösung. Ihr Schuldbekenntnis macht sie zu Geschlagenen. Ihr dogmatischer Glaube an „Gott und seine Allmacht“, spielt sie der hohen Obrigkeit in die Hände. Und diese, als die Voll-streckerin der „göttlichen Allmacht“, läßt sie auf dem Schind-anger Sibirien verrecken.

Uns bleiben diese Tolstoischen Dramen, gerade durch die Brutalität ihrer naturalistischen Zustandshilderung, hi-storisches Material für die Bewertung der einzelnen Stappen re-volutionären Kampfes bis zur sozialistischen Revolution. Jene „liberalen“ Bürgerweisen aber, die Tolstoi, Dostojewski, Gergol mit aristischem Gemüß schmälern, mögen in ihrer gemästeten Ruhe auch einmal daran denken, daß gerade diese Männer — als Kämpfer für die Wahrheit — zu Hochverrätern im Sinne der haatszerhaltenden Ober wurden, als sie in ihren Werken Partei ergriffen für die Klasse der „Erniebten und Be-leidigten“. Aber sie mögen gerade aus den Werken dieser Männer erkennen, wie sehr die ideologischen Bedingungen für Grundzüge Lenins und eines praktischen Sozialismus gerade in der breiten Masse verankert waren. Und dann mögen sie begreifen, wie lächerlich und faul die Behauptung von der Diktatur einer klugenhaften Minderheit in Rußland ist! Der Besuch dieser Vorstellung — gepfeilt von Schauspielern des Moskauer Künstlertheaters (wahrscheinlich Emigranten!) kann jedem Genossen empfohlen werden, denn er befreit im Sibi-erischen wie Architektonischen die modernsten Ansprüche und ist nicht zu verwechseln mit den sentimentalen Rutschprodukten der Zelnitzgesellschaft.

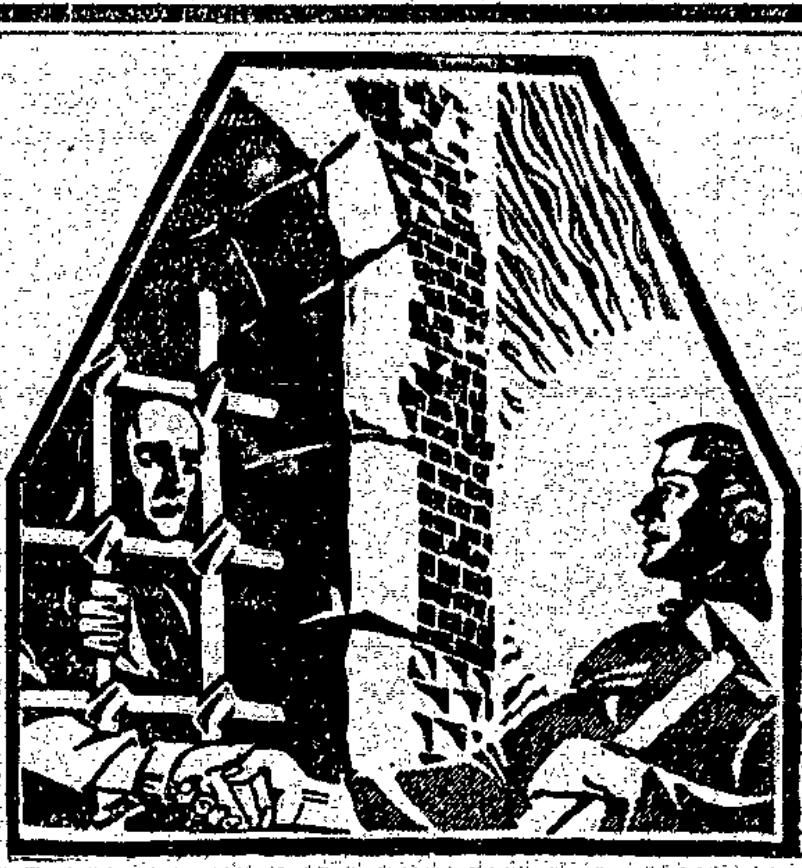
Aus der Provinz.

Grubenunglück auf dem Egmont-Schacht.

Opfer des Kapitals.

Zum Grubenunglück, über das wir bereits berichtet haben, wird uns geschrieben:

Am 12. Juni, nachmittags 5½ Uhr, ereignete sich auf dem genannten Werke ein unerwarteter Kohlenstaubausbruch, dem sieben Kameraden zum Opfer fielen. Nachdem im Unter-führungsgang III. Sohle das Festnetz durchfahren war, ging die betreffende Position im Querschlag weiter vor, der Einbruch war schon herausgeschossen, die Decke nachgeschoben und die Berge wurden verräumt. Plötzlich brach aus dem Festnetz (1-150 Meter stark) der Kohlenstaubausbruch aus, trieb aus dem Flöz circa 300 Wagen Kohlen heraus und ver-schüttete drei Kameraden. Im Grenzflöz, 100 Meter vor dem Festnetz, arbeiteten in einer Schwebende zwei Kameraden. Die Schwebende war 110 Meter hochgetrieben. Diese Kameraden land man unten in der Grenzflözstrecke tot vor. Ebenfalls noch ein Kamerad von der Querschlagarbeit wurde untergeschüttet, aber bei der Bergung. Der unglückliche Wetterstrom bestreift die dritte Abteilung, hier wurden von den Hagen drei Kame-



Proletarische Ehrentafel.

Die Opfer des weißen Terrors.

In den Gefängnissen Breslaus, Schweidnitz, Waldenburg, schmachten folgende Genossen:

1. Ortner, Karl, seit November 1923
2. Wagner, Wilhelm, seit November 1923
3. Moser, Karl, seit November 1923
4. Schmidt, August, seit November 1923
5. Klein, Paul, seit November 1923
6. Schlegel, Richard, seit November 1923
7. Reichel, Franz, seit November 1923
8. Drieschner, Adolf, seit November 1923
9. Biewald, Wilhelm, seit April 1924
10. Fürbringer, Robert, seit Dezember 1923
11. Korzelnik, Josef, seit Februar 1924
12. Eisermann, Wilhelm, seit Februar 1924
13. Heude, Alwin, seit April 1924
14. Knohn, Albert, seit April 1924
15. Gläser, Max, seit April 1924
16. Vöhring, David, seit Mai 1924
17. Radlewski, W., seit April 1924
18. Radlewski, Frau, seit April 1924.

Feiner sind inhaftiert die Genossen Alfred Deisner und Richard Monden. Letzterer ist zu einhalb Jahren Festung verurteilt. Deisner ist nach Leipzig transportiert worden. Den Ehrenplatz auf der proletarischen Ehrentafel gebührt dem Genossen

Max Hölz,

der seit drei Jahren im Breslauer Strafgefängnis inhaftiert und zu

lebenslanglichem Zuchthaus

von den Klassenrichtern verurteilt wurde.

Auch der Genosse Kaufmann aus Schweidnitz ist wegen Beteiligung an den Märskämpfen zu langjähriger Zuchthaus-strafe verurteilt worden. Er befindet sich im Zuchthaus Groß-Strehlitz in Schlesien.

Damit ist die Liste der Inhaftierten noch nicht erschöpft, da in Schlesien täglich Verhaftungen vorgenommen werden.

An alle Ortsgruppen ergeht daher die Aufforderung, sofort die Namen derjenigen Genossen mitzuteilen, die hier nicht ge-nannt sind.

Parteiorganen und Genossinnen!

Hinter Kerlemauern befinden sich die tapfersten und opfer-bereitesten Proletarier. Sie sind doppelt und dreifach von der Klassenjustiz verurteilt, denn ihre Frauen und Kinder befinden sich im größten Elend.

Revolutionär: Pflicht

Jeder Ortsgruppe der Partei ist es, den gefangenen Brüdern und ihrer Angehörigen Hilfe zu bringen. Pflichtvergehen handeln die Ortsgruppen, die nicht jedes einzelne Mitglied zur Mitarbeit während der Roten-Hilfs-Woche heranziehen. Die beste Hilfe ist intensives Sammelaktivität!

für die Opfer der Klassenjustiz.

raden beahndelt und einer tot vorgefunden. Die Vergewaltigungen wurden sofort vorgenommen und es gelang, am 13. abends 8 Uhr, den letzten Kameraden zu befreien. Die Kame-raden wurden am Sonntagmorgen vom Egmontschacht aus beerdigt und beklammert ein gemeinsames Grab.

Die revolutionären Bergarbeiter gebieten an dem Grabe ihrer Kameraden, nicht eher zu ruhen, bis das kapitalistische Nordböhmen beseitigt ist.

Ziegenhals. Den Kommunisten wird in der Stadtverordneten-sitzung mit Ausschluß ge-droht. Am 13. Juni fand die dritte Sitzung mit einer Tagesordnung von zehn Punkten statt. Bei der Wahl des Beirats-gewähltes fiel die Wahl auf den Zentrumsmann Dr. Pöschel. Die Wirtschaftsverwaltung, sprich Deutschnationale, hatte den Stahlhelmer, Gemeindevorsteher Dr. Meßner angekündigt ge-bracht, welcher aber abrückte. Bei Punkt 4, wo der frühere Ratsherr Schindler ein gutes Geschäft mit dem Einkauf von 2500 Mark von 1913 Quadratmeter Land, wobei ein Teil Brach-land ist. Hoch über der Profül. Genosse Scholz trat dem schärft entgegen und beantragte das Entignungsverfahren, was natürlich von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurde. Be-schlossen wurde, den ursprünglichen Preis zu zahlen. Bei Punkt 7, Regelung einer Cassation in die Wohnung des Friedhofs-gärtners, kam es zwischen den Bürgerlichen und Genossen Lindenthal und Scholz zu schweren Auseinandersetzungen. Wurde doch verlangt, daß der Gärtner alle Jahre 30 M. für die Reinigung abzugeben hat und zwar zehn Jahre lang. Als Genosse Lindenthal dieses Gebotern brandmarkte, und es eine Unversöhnlichkeit nannte, erzielte er einen Dankschrei vom Vorkämpfer. Als er das Wort zurücknehmen wollte, und es nicht tat, und Genosse Scholz den Bürgerlichen sagte, daß das die Arbeitssprache ist und die bürgerliche Klasse mit dem Proletariat noch mehr als dieses tut (Machinengemeine und sogar Handgranaten gegen uns werfen läßt), geriet die ganze Kommunalmaschine ins Rappeln. Die Sitzung wurde sofort auf Antrag der SPD. auf 10 Minuten vertagt. Nun stürmten alle Spießer auf unsere Genossen ein und meinten, wir sollten doch dieses Angeheuerliche zurücknehmen. Aber weit gerückt, unser Wankspruch: Nicht betteln und bit-ten, sondern mutig gestritten, der wurde hochgehalten mit der Bemerkung, daß die Bürgerlichen wohl noch die Eizung schließen werden müssen. Darauf legte der Vorkämpfer sein Amt nieder und der Stellvertreter übernahm das Geschäft. Nach langem Hin und Her wurde beschlossen, die Sitzung weiter abzuhalten und das Verbrechen der beiden

Kommunisten am Schluß der Sitzung zu bestrafen. (Nach-lauf.) Bei Punkt 9, Reparaturen im Krankenhaus, hat man die Hälfte aller angeforderten Gegenstände gestrichen. Der Scholz rechnete darauf wiederum mit dem bürgerlichen Par-lament ab und sagte ihnen, ob sie der Meinung sind, daß die Arbeiter diese Quasellbude Vorteil hat oder nicht. Denn wer kommt ins Krankenhaus der Stadt, nur das Proletariat. Die bürgerliche Gesellschaft, die oberen Zehntausend, gehen ins Sanatorium. Er beantragte, daß alle Inneneinrichtungsgegenstände, so wie es notwendig ist, gestellt werden müssen. Et sei dieses Antrages wurde angenommen. Punkt 10: Was der Magistratsmitglied waren zwei Vorschläge eingegangen. Wenn die Arbeiter halt im Magistrat keine Vertretung hat, trägt die Schuld der linke Flügel der Faschisten die SPD. Genosse Scholz verlangte von diesen Arbeitervertretern eine Un-terstützung unter die Vorschlagsliste. Aber da ja dadurch eh Kommunist Stadtrat geworden wäre, lehnten die Herren da-ab. Von uns verlangten sie schon gleich nach der Gemeinde-wahl, wir sollen, wo sie nur 2 Ehe und wir drei haben ihren bei der hiesigen Arbeiterschaft so furchtbar geachteten Ge-nossener als Stadtrat wählen. Weil wir dieses ablehnen mußten, durfte auch ein Kommunist nicht gewählt werden. Das ma-ßte die Arbeiterschaft von Ziegenhals wertvoll. Daraufhin be-sezigen 2 Deutschnationale und 2 Zentrumskräfte den Magistrat. Am Ende der Tagesordnung fragte der Vorkämpfer, dem ma-turz vorher das Vertrauen mit den Stimmen der SPD. un-gegen die Stimmen der SPD. ausgesprochen hatte, als e- seinen Gessell wieder einnahm, was mit den 2 Kommunisten-geschehen sollte. Gen. Scholz machte den Zwischenruf: „Wen der Staatsgerichtshof!“ Darauf beantragte Stadtverordneter im Beamtenvertreter Herr Gerike Ausschluß aus einer Sitzung. Aber leider stimmten nur einige Deutschnationale dafür. Gen. Scholz rechnete darauf mit der Gesellschaft nochmal richtig ab und erklärte ihnen unter Gehör der Bürgerlichen, daß die Vertreter des revolutionären Proletariats absolut nicht sitzen ver-ließen lassen, sondern dem bürgerlichen Parlament (Kon. Di-Masse herabreiben werden und das Parlament für als Drit-tlinie zur revolutionären Propaganda benutzen. Denn nur das Parlament der Arbeiter und Bauernräte wird im Interesse des Proletariats arbeiten.

Münsterberg. Große Freude bei dem Herrn! M-geben hier eine Zuschrift eines Arbeiters ungeliefert wieder, der kennzeichnend ist, in welcher Hingigkeit sich selbstkühne die Arbeiter-schaft noch befindet und wieviel Arbeit unglückliche Genossen auf dem Lande harret. Die Redaktion.

Angelaßlich aber wahr ist folgende Begebenheit. In Spargelschneidern der Konfervenfabrik Seidel & Co. mußte auch an den Sonn- und Feiertagen auf die Felder und bis Mit-tag Spargel stehen; denn im Weigerungsfalle könnte in der Probir geschmälert werden. Da nun Herr Seidel an dieser Tage, sehr besorgt um das Wohlbefinden seiner Arbeiter, nen ist, so wird er es nie veräumen, persönlich auf den Feldern zu erscheinen, um wirklich ganz beruhigt zu sein, daß die Spargel rechtzeitig geerntet wird. Da nun auch am Pfingst-sonntag dieser hohe Besuch zu erwarten war, beratschlagten die Frauen, wie sie ihren geliebten Chef auch festlich empfangen sollten. Sie einigten sich darauf, eine Sammlung vorzunehmen und für die gesammelten Gelder eine Fahne zu kaufen, um dieselbe auf den Spargelfeldern zu hissen. Da der größte Teil der Frauen freigewerkschaftlich organisiert ist, so wurden die Far-ben schwarz-rot-gold gewählt. Jedoch, sie hatten die Rech-nung ohne den Deutschnieder, Verzehrung, Meißler, Lannström gemacht. Dieser Antreiber, welcher vor einiger Zeit eine Er-holungstour antrat, mußte zur Aufrechterhaltung seiner Kräfte die er durch rigoreuses Antreiben seiner Arbeiterinnen verlor-hatte, für dessen aufopfernde Tätigkeit auch Herr Seidel Ver-ständnis zeigte und diesem Speichelfeder 300 Mark Erholungs-zuschuß gab, sah jetzt die Zeit gekommen, für die erhaltene 300 Mark zu quittieren. Als dieser treue Diener hörte, daß eine schwarz-rot-goldene Fahne gekauft werden soll, fuhr er aus dem Häuschen und fragte die Frauen, ob sie noch ganz normal seien. Er erklärte, nicht schwarz-rot-gold, sondern schwarz-weiß-rot ist das Symbol aller Treutestischen, und nur diese Fahne darf gekauft werden, was auch dann geschah. „Als nun der liebe, gute Chef“ nebst Angehörigen zur angelegten Zeit erschien, war er zuerst sprachlos, bald aber glänzte sein Gesicht wie eine abgelebte Speichelfeder über die unerbittliche Freude, die ihm von den Arbeiterinnen in Gestalt hieses Fehens gemacht worden ist. Er führte aus, daß ihm durch dieses Banner die allergrößte Pfingstfreude bereitet worden ist. Als nun gar einige Frauen dazu übergingen, keinen Person-tenge der Angehörigen Girlanden umzuhängen, war er so ge-rührt, daß jede Arbeiterin 1/2 Liter Apfelwein und 1/4 Pfund Kekz als Geschenk bekam. Es ist nur schade, daß diese bekäng-ten Pfingstfreude nicht durch die Stadt geführt worden sind.

Wenn man sich mit vorstehendem so ohne weiteres ab-finden würde, so wäre dieses ein Verrat an der arbeitenden Bevölkerung. Wir müssen uns fragen: wer trägt die Schuld daran? Die Antwort ist: schuld ist erstens die Organisation, der die Frauen gewerkschaftlich angehören, zweitens die po-litische Partei, die bis jetzt allein hier am Ort vertreten war. Drittens die Frauen selbst. Als erster Schuldiger, der Fabrik-arbeiterverband, hier hat es der Sekretär fertigbekommen, sieben Monate lang keine Mitgliederversammlung einzuberufen; wurde wirklich einmal eine anberaumt, dann wurden nur persönliche Bewilligungen und alte Lohnverhandlungen aufgeführt. Alles andere kommt dann auf das Trapez, nur keine Vorträge, die das Klassenbewußtsein heben. Zweitens die BSWD., welche es im vergangenen Jahre nicht für nötig hielt, eine öffentliche Verammlung abzuhalten; drittens die Arbeiter selbst, indem sie sehr wenig Interesse an der Gestaltung ihres Geschickes zeigen. Es ist erklärlich, wenn man in einer Mitgliederveram-mlung dauernd lästig abgelaufenen Sätze zu hören bekommt, so klanpt dieses mit der Zeit ab; jedoch, wenn man als Mitglied des Verbandes darauf drückt und besteht, daß der Zeit ent-sprechende Vorträge gehalten werden, so wird dieses auch be-folgt werden müssen. Ich richte nochmals den Appell an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Seidel; hinweg mit diesem Kuhhandel und Speichelfeder, leid Klassenbewußte Pro-letarier und keine kriechenden Zammeregestalten, die sich als Führer von Pfingstfreuden hergeben. Fordert angemessene Löhne, so daß ihr als Menschen, leben könnt und übt Solidarität an Euren Klassenbrüdern. Das ist Klassenbewußtsein.

Briefkasten.

Richard Gaud: (100) Markt. Studien umgehend ge-nauen Wohnort angeben. Expedition.

Gen. M. Gletwits: Mit der letzten Briefkastennotiz bist Du nicht gemeint.

Billigste und äußerste reelle Bezugsquellen für

Uhren, Juwelen, Gold- und Silberwaren
Spezialität:
Gelegenheitskäufe

Curt Jacobowitz, Gleiwitz, Wilhelmstraße
N. Jacobowitz, Beuthen, Tarnowitzer Str.
Niederlaue der Schweizer Uhren-Industrie.

Verantwortlich für den gesamten Text: A. J. Breslau. Interate Max J. Fischer, P. 10. J. Verlag: Produktiv-Genossenschaft für B. 2. G. m. b. H., Breslau, Preußener Str.

Achtstundentag und Arbeiterkongress.

Die Regierung hat den Arbeiterkongress verboten. Sie hat sich nicht einmal der Mühe unterzogen, eine Begründung dieser Gewaltmaßnahme zu geben.

Eine der wichtigsten Fragen hierbei ist die Arbeitszeitfrage, der Kampf um die Erhaltung bzw. Wiedereroberung des Achtstundentages. Dieser Kampf ist nicht nur eine Frage um eine Stunde mehr oder weniger Arbeit, sondern ist im Zusammenhang mit der Reparationsfrage zum Angelpunkt des gewaltigen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit geworden.

Was will, was wollte dieser Amsterdamer Sabotage gegenüber der Arbeiterkongress?

Auf ihm, der Beschäftigten werden sollte nicht von sterilen und arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftslogen, sondern von unmittelbaren Vertretern aus den Betrieben, der kämpfendsten Arbeiterklasse des ganzen Reiches, sollten die Kampfbedingungen und Bedingungen für ein planmäßiges Vorgehen aller Kategorien des deutschen Proletariats beraten, beschlossen und eine einheitliche Kampfleitung geschaffen werden.

Am einseitigen und planmäßigen Vorgehen zu erzielen, ist ein enger Zusammenarbeiten aller proletarischen Schichten, ob sie Staats- oder Privatangestellte sind, ob sie Berg- und Chemiarbeiter oder Seemänner oder sonstige geistige Arbeiter sind, und die Schaffung einer gut funktionierenden Kampforganisation und Zeitung notwendig ist.

Der Fall Auer

über den Roman eines politischen Kampfes.

Kritische Skizze der USPD-Opposition in München.

Im Fedenbachprozess macht Auer eine Zeugnisaussage, die für den Angeklagten nach sachverständigem Urteil „geradezu lächerlich“ gewesen ist. Auer hat später sich darüber belehren lassen müssen, daß Fedenbach einem Justizmord zum Opfer gefallen ist.

Als Hoffmann nach Rahrs diktatorischer Anflehung gegen Berlin seinen bekannten Versuch unternahm, die Pfalz dem Reich direkt anzugliedern, trieb es Auer, den „Landesverräter“ Hoffmann mit denunziatorischen Dolchstoßbemerkungen zu überhäufen, was selbst von den Vätern seiner eigenen Fraktion heftigste Zurückweisung erfuhr.

Die Ruhrbesetzung gibt Auer Gelegenheit, seine Haltung im Kriege von neuem aufleben zu lassen.

Anfänglich, als Cuno und Helfferich die Lage zu beherrschten schienen, macht Auer wieder Kriegs- und Durchhaltepolitik. In der Versammlung der USPD-Betriebsräte hält Auer eine Ansprache: „Nerven behalten“, „Durchhalten“, „Kaltstellung der frankophilen Brüder“, „am passiven Widerstand wird die Pariser Militärdiktatur zerschellen“, „England wird uns zu Hilfe eilen“.

Er gründet eine vaterländische Streikliste, ohne Befragen der Parteinstimmen, die die Großen der Arbeiter in das Ruhrunternehmen flucht, soweit sie die Inflation nicht verflucht.

Als aber der Ruhrkrieg verloren ist, schreibt Auer „Münchener Post“, der Ruhrkrieg wurde durch die Politik der bestehenden Klassen hervorgerufen, er war von vornherein verloren, der passive Widerstand war aussichtslos, das Geld des Volkes ist zur Bereicherung der Unternehmer geopfert worden. Ganz wie im November 1918.

Als Erhardt in Unternehmungshaft des Reichsgerichts sah, hat Auer in der Bezirksvorstandssitzung geäußert: „Man wird

beste Lösung der Frage der Erlassung der Inorganisierten geschaffen, sondern dann wird auch der Einfluß der Reformisten in den Gewerkschaften gebrochen.

So und nicht anders kann der Kampf um den Achtstundentag mit Erfolg geführt werden. Das weiß auch die Regierung, weiß die USPD, und deshalb wurde der Arbeiterkongress verboten. Denn das deutsche Proletariat hat schon oft bewiesen, daß es auf seinem Weg durch Verbote und Zwangsmassnahmen der herrschenden Klasse zwar gehindert und gebremst, aber niemals endgültig aufgehalten werden kann.

Nach dem Bergarbeiterkampf.

Dem Vol.-Büro wird uns geschrieben: Vier Wochen lang haben die Ruhrbergarbeiter heldenhaft um den Siebenstundentag gekämpft. Die vereinigte Gewerkschaftsbürokratie der christlichen und sozialdemokratischen Arbeitervertreter hat ihre Taktik den Bergarbeitern gegenüber diesmal so eingestellt, daß sie erst durch Scheinbares nachgeben und im Kampf mitgehen versuchten, die Arbeiter unter ihre Führung zu bringen und dann im entscheidenden Moment, als es galt, noch eine Woche oder zwei Wochen auszuharren, zum Abbruch der Bewegung aufriefen.

Nach jedem Kampfe und nach jeder Niederlage müssen das Proletariat und die kommunistische Partei sich nüchtern Rechenschaft ablegen über den Verlauf des Kampfes und über die Fehler, die dabei begangen worden sind. Was für allgemeine Lehren hat die Arbeiterklasse aus dem verlorenen Bergarbeiterkampf zu ziehen? Die Bergarbeiter haben den Kampf nicht zum wenigsten deshalb verloren, weil die Solidaritätsbewegung im übrigen Reich nicht einmütig, nicht stark genug für die Bergarbeiter gewesen ist.

Die zweite Lehre: genaues Studium der Taktik der Unternehmer und ihrer Verbündeten, der christlichen und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Man hat den Bergarbeitern die Siebenstundentagsforderung ablenkend gemacht mit einer Lohnerhöhung, die sie ohne den Kampf allerdings nicht erhalten hätten.

Die dritte Lehre: Der Bergarbeiterkampf war trotz seiner „engen“ ökonomischen Ziele ein Kampf, der den Plan der internationalen Räuber in keinen Grundstein zu erschüttern drohte. Dieses kein politisches Geziß, keine politische Auswirkung ist nicht genügend klar und deutlich im Kampfe selbst den Bergarbeitern zum Bewußtsein gekommen.

es doch nicht zur Verhandlung vor dem Reichsgericht kommen lassen. Der Erhardt weiß zuviel. Das könnte zuerst noch höchst unangenehm werden. Mich wundern, daß er nicht schon längst geflohen ist. Er wird nicht mehr lang in Leipzig sitzen.“ Was weiß Erhardt von Auer? Was Auer von Erhardt?

Während des Ruhrkrieges arbeitete Auer daran, die von seiner Partei zu ganz anderen Zwecken ins Leben gerufene sozialdemokratische Sicherheitsabteilung der Reichswehr anzugliedern. Die Verhandlungen darüber, sagte Auer im Brudermählprozess, Ende 1923, waren soweit gediehen, daß er mit der baldigen Ueberlassung von Exerzierplätzen und Kadettenhöfen rechnen konnte. Rahrs dazwischen gekommen, Rebellion gegen Berlin habe den Plan angeblich vereitelt. Der Staatsanwalt beschuldete diese Aussage Auers. Ichter mit Recht, als ein erfreuliches Bekenntnis zu den alten Formen des Militarismus.

In einer, natürlich nicht zufälligen Unterredung mit der Redaktion des Berliner „Vorwärts“, erklärte er am 1. Oktober 1923, daß der General Lohm, der Sylvanische Staatsstreiter, durchaus reichsten und loyal sei und jedem Befehl des Oberbefehlshabers Gehör rückhaltlos nachkommen werde. Rahrs sei vor Lohm wiederholt zusammengeschlagen, es sei daher nicht ratsam und überflüssig von Reichswegen in Bayern einzugreifen. Nachher widerruft die „Münchener Post“. Denn anderer Wind weht.

So folgen Behauptung und Widerruf, Aufmunterung und Denunziation, Gehinnungswechsel auf Gehinnungswechsel. Und wie Auer, so das geleitete Blatt, das im Wechsel des Charakters, zuerst nur noch einen Charakter hat, den keinen Charakter zu haben. Mit den Machhabern, wenn sie stärker sind, gegen sie, wenn ihre Macht wankt. Der Mantel hängt nach dem Winde.

„Der Fall Eisner ist für mich mit seiner Ermordung erledigt“, äußerte Erhardt Auer, und heute noch hat er die Kühnheit, an der Spitze der sozialdemokratischen Reichstagswahlen für Tübinger zu ergehen. Der Fall Eisner wird solange nicht erledigt sein, als Auer nicht aus der sozialistischen Bewegung verschwunden ist, die er durch seine geheimen Dienste für Monarchie, Reaktion und Großkapital auf dem Wege voraus zu vergiften an erster Stelle mitgeholfen hat. Die Voraussetzungen sind nicht tot. Wohlverstandlich, daß Auer dem drohend

der Tagesordnung verschwinden, sondern breiteren Raum einnehmen und immer revolutionärer Charakter gewinnen. Nicht aller revolutionären Proletarier ist es, in ihrem Kreis, in ihrer Gewerkschaft, in ihrem Bettel, alles daran zu setzen, um die Masse aufzuklären und durch enghes Zusammenarbeiten mit der revolutionären Instanzen schlagkräftige revolutionäre Zellen betriebliche, ortliche und bezirksweise zu schaffen, um so die Organisationsgrundlage und Kampfvoraussetzungen, die durch das Verbot des Arbeiterkongresses verhindert werden sollen, trotz alledem zu schaffen.

Die Kampfsparole muß lauten: Arbeiterkongress und Kampf um den Achtstundentag trotz alledem.

Arbeiter gegen die wirtschaftliche Sklaverei. Diese scheinbar wirtschaftlichen Kämpfe sind politische Kämpfe. Sie bewußt zu politischen Kämpfen zu machen, wäre die Aufgabe der Kommunisten, die in vorderster Reihe mit den Arbeitern kämpfen müssen. Hat die kommunistische Partei das getan, in genügendem Ausmaße getan? Im Willen, in der Zielsetzung wohl, aber nicht genügend energisch, nicht genügend kräftig und lebendig in der Durchsetzung. Hätte unsere Partei stärker, nachhaltiger und kräftiger den Bergarbeitern die Bedeutung ihres Kampfes zum Bewußtsein gebracht, dann wäre es ihr auch leichter gewesen, dem Verrat der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegenüber die Kampffront zu behaupten. Die Unklarheit der Bergarbeiter über ihre eigene Kraft und über den politischen Rahmen, in dem sie um ihre ökonomischen Ziele kämpfen, haben mit zum Zusammenbruch der Kampffront beigetragen. Daran muß die Partei ernsthaft lernen. Die Kämpfe politisieren, heißt die Arbeiter fest und standhaft gegenüber den Verrätereien der Christen machen. Die Kämpfe politisieren, heißt sie unammersaffen und vereinheitlichen. Die Partei wird in den kommenden Kämpfen viel stärker den politischen Sinn der Aktionen der Arbeiterklasse klarmachen müssen.

Von verschiedenen Kritikern am Bergarbeiterkampf innerhalb der Partei ist der Fehler darin geäußert worden, daß man sich nicht auf die Parole der Produktionskontrolle konzentriert habe. Wenn diese Kritik die mangelnde Politisierung des Kampfes meint, so ist sie berechtigt. Wenn sie glaubt, den Fehler des Kampfes darin zu finden, daß man nicht die Produktionskontrolle dem Kampfe als unmittelbares Aktionsziel geiebt hat, ist sie falsch. Das Aktionsziel des Kampfes war und mußte sein der Kampf um die Siebenstundentagsforderung, das Vorgehen um die Wiedereroberung des Achtstundentages für alle Arbeiter. Den Kampf von diesem Schwerpunkt abzuziehen, hieße ihn schwächen. Aber diesen Kampf um die Siebenstundentagsforderung zu verbinden mit der Propaganda gegen das Sachverständigengutachten, zu verbinden mit der Forderung der Nationalisierung der Produktion und der Arbeiterkontrolle, mit dem Kampfe gegen die Konzernwirtschaft der nationalen und internationalen Räuber, zu verbinden mit dem Kampfe um die Herrschaft der Arbeiterklasse, das hätte stärker geschehen müssen.

Der Kampf der Bergarbeiter hat im Ruhrgebiet die Stimmung bei den Kämpfenden hinterlassen, wir müssen auf einen neuen Kampf uns rüsten, auf einen stärkeren und festeren, um die Siebenstundentagsforderung zurückzugewinnen. Die kleinen Zugewinne, die das Unternehmertum unter dem Druck der Bergarbeiter machen mußte, hat — und das zeigt die Bedeutung dieses Kampfes — schon Ursache unter den Metallarbeitern und Eisenbahnern ausgelöst. Sie wollen zum mindesten die gleichen Verbesserungen erhalten wie die Bergarbeiter. Es ist möglich, daß wir am 1. Juli vor einer Metallarbeiterbewegung, es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in vielleicht kurzer Zeit vor einer Eisenbahnerbewegung stehen. Das Ziel muß das gleiche sein wie bei den Bergarbeitern: Achtstundentag und höherer Lohn. Aber vom Bergarbeiterkampf muß die Partei lernen, stärker den politischen Charakter des Kampfes zu betonen. Dann wird der Kampf auch energischer geführt werden und gegen den Verrat der Sozialdemokraten gesiegt sein.

über ihm schwebenden Schatten des ermordeten Eisner zucken wachte: flüchte, lächelte, ruhe. Der Schatten flücht nicht, er schweigt nicht, er ruht nicht, bis die Sonne es an den Tag gebracht hat. Auer selbst vermag nicht über seine eigene Vergangenheit zu schweigen. Er fordert den Kampf der Lebenden stets neu heraus.

Seine letzte Tat vor den Wahlen war ein Flugblatt „Wir retten das Volk“, das er, wie so oft, ohne Wissen der Partei schrieb und verbreitete. Angst, Haß und Verleumdung treten hier auf den Toten und Opfern der Revolution herum, die nicht zuletzt seine Opfer gewesen sind. Der anständigen Leser treibt es das Blut in die Wangen, wie in diesem Flugblatt die Wälschland Auers an den Massen selbst den Zwecken überlicher Wahlpropaganda dienen soll. Man mag Leuines Politik, ihn selbst als Persönlichkeit verwerten, aber welche eine Diktatur ist von dieser Geistesverfallung Auers bis zu jener vornehmen Geistes des Grafen Pestalozza, an dessen Arm die Mutter Leuines ihrem Sohn das letzte Geleit gab. Toller heißt es weiter: „Klob nach dem Zusammenbruch in einen Kleiderkasten“. Das sagt jener Auer, der im Landtag unter den Tisch geschlüchtet ist und der beim Hitlerputsch tapfer Frau und Schwiegerohn in der Wohnung ließ, jener Auer der in der Etappe blieb, als Toller Kriegsfreiwilliger war.

Und weiter heißt es: „Bewaffnete Haufen werden aufgestellt, Arbeitslose werden dazu mißbraucht“. Diese Verächtlichmachung des „Arbeitslosenheeres“, in der Hauptstadt Arbeiter in Not, gehört heute zu den bedorzugten Themen der „Münchener Post“ und der Auerischen Dialektik. Ob der höhere Ausgebet ohne seine Ellenbogen und Bogenlaufbahn nicht auch „Arbeitslosenheer“ wäre? Nach den Landtagswahlen nach beschämteste er die Venzberger Arbeiterbevölkerung, die ihm ihre Stimmen verweigerte, als „halbverhungerte Bergwerkspenkionisten“.

Und das Flugblatt fährt fort: „Minderungen, Diebstähle, und Verdrängungen sind die ersten praktischen Taten der Besten. Bewaffnetes Gesindel raubt Passanten aus und zwingt sie, Schätze und Kleidungsstücke herauszugeben.“ Das hat Auer in Roubatz nicht getan, er machte es anders.

Lesen wir das Auerflugblatt zu Ende: „Geiern werden eingepfercht, mißhandelt, und schließlich am 30. April ohne jede Vernehmung grausam gemordet.“

(Fortsetzung folgt)

Der Parteitag der bankrotten Betrüger.

(Schluß vom ersten Verhandlungstag.)

Nach den kleinen Gehreden gegen die Kommunisten des holländischen Vertreters und des Delegierten der sozialdemokratischen Partei und der Tschekow-Sowjet spricht Dan für die russischen Menschen: Wenn wir jetzt noch großen Einfluß in Rußland haben, so verdanken wir es den Prinzipien unseres Kampfes. Die deutsche Sozialdemokratie hat alle Ursache, unter Schicksal zu studieren, auch sie leidet an dem Krebsgeschaden, an dem wir leiden, dem Kommunismus. Dieser muß in Moskau überwunden werden. Die Menschewiken in Rußland arbeiten am Schwersten, gefährlichsten und wichtigsten Posten. Lenin (Sozialrevolutionär): Wir sind in Rußland geschlagen worden, dort herrscht die Diktatur. Sie waren in Deutschland glücklicher als wir, aber als ich von dem Lärm bei der Reichstagsöffnung las, kam mir dieser Verlust der Geschichte sehr bekannt vor. Sie müßten jetzt ihre Kraft auf die Hauptaufgabe konzentrieren, die Massen die sie an den Kommunismus verloren haben, zurückzugewinnen.

Es werden einige Begrüßungsgramme verlesen, insbesondere ein Telegramm vom Reichsbanner Schwarz-rot-gold. Wels erklärt dabei, daß diese Organisation bis jetzt schon dreierlei Millionen kampffähiger Männer gesammelt habe. Der Parteitag wird vertagt.

2. Tag.

Die Opposition betritt am Morgen.

Der zweite Tag zeigt, daß in der SPD. vollkommene Agonie herrscht. Die Opposition verliert bei der Abstimmung über den Antrag, daß ein Korreferat gehalten werden soll, über 111 Stimmen gegen 228 der Parteimehrheit. Die Opposition ist feige bis auf die Knochen. Die unwesentlichen Punkte, in denen sie sich von den Scheidemännern unterscheidet, mag sie kaum zu verteidigen.

Die Rechte läßt einen Referenten nach dem anderen auffahren, die sich freche Propaganda an der Hand von thüringischen Bezirke erlauben. Müller erklärt, daß der größte Fehler der Sozialdemokratie darin bestand, daß sie in Sachsen eine Aktionspolitik mit den Kommunisten eingeleitet habe, anstatt dieselbe Reaktion wie im Reich durchzuführen. Das war eine schwere Schädigung der Republik.

Wels geht auf die Angriffe der sozialdemokratischen Presse und der sozialdemokratischen Bezirke gegen den Vorstand überhaupt nicht ein.

Der Opposition wird ein Korreferat erteilt. Sie dürfen in 10 Minuten Redezeit zu allen Referenten zusammengekommen Stellung nehmen.

Zu keiner Frage des Tages wird gesprochen, über die Politik der Vergangenheit kaum geredet. Mit hohlen Phrasen wird der Parteitag ausgefüllt, die „Linie“ betitelt um Entschuldigung für ihre Politik in Sachsen, die Zeit eines Zusammengehens mit den Kommunisten sei ja vorbei.

Der Parteitag zeigt, daß der Geist Eberts und Scheidemanns diese Partei beherrscht und daß auch die Spur einer Kraft in ihr vorhanden ist, die sie vor dem baldigen Tod in Scham und Schande retten kann.

Am Beginn des zweiten Tages wird der wichtigste Antrag zur Zulassung eines Korreferats (Dittmann) zum Bericht der Reichstagsfraktion mit

228 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird beschlossen, eine Kommission in der Sachfrage einzusetzen, ohne sich für die Vertreter hineingezogen. Zu keinem Referat über die Tätigkeit der Partei erhält das Wort

Wels: Nach einem Loblied auf die Demokratie geht er zu wüsten Angriffen auf Sowjetrußland und die kommunistische Partei über, die den weitaus größten Teil seines Referats ausmachen. Die verendeten Massen seien den Völkern von den Kommunisten zugeführt worden. An den Händen der Kommunisten ließe das Blut von tausend Arbeitern. Korjick habe nicht begriffen, daß das kommunistische Manifest von Marx und Engels längst veraltet sei. Lenin habe im wesentlichen dieselbe Politik getrieben, wie Nikolaus II. Trotzki verfolge dieselben opportunistischen Ziele wie Peter der Große. Wie die kommunistische Internationale, so sei auch die Internationale Arbeiterhilfe nur ein Zermürbungswerkzeug der russischen Außenpolitik. Jeder Sozialdemokrat muß jetzt wissen, daß er die Internationale Arbeiterhilfe nicht mehr unterstützen dürfe. Die Entziehung zu den Kommunisten hat der Partei seit Nürnberg die schwersten inneren Kämpfe bereitet. Jetzt dürfe es kein Schwanken mehr geben im Kampf gegen die Kommunisten.

Die Arbeit des Parteivorstandes auf diesem Gebiet in Sachsen gehört zu seinen wertvollsten Leistungen. Auf die schweren Angriffe der sozialdemokratischen Presse gegen den Parteivorstand erklärt Wels, nicht eingehen zu wollen. In den grundsätzlichen Fragen herrsche in der SPD. und in der gesamten sozialistischen Internationale Einheit. Schwacher Beifall aus dem halbkreisigen Saal.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion

erhält das Wort

Hermann Müller: In keinem Referat geht er auf die Tätigkeit der Reichstagsfraktion besonders hervor, nicht ein, noch weniger berichtet er von den Geschehnissen in der Fraktion, außer einigen Phrasen. Im neuen Parlament wird die verfeinerte Fraktion nicht mehr viel ausrichten können. Das Parlament wird übrigens nicht erst und nur sehr kurz tagen.

Die Regierung konnten wir nicht hören, da uns die Fraktionsmehrheit nicht die Sitzreihen bot, das wir uns an einer neuen Regierung beteiligen könnten. Der Regierung Marx haben wir das Maß von Vertrauen gegeben, das sie zu ihrem Leben braucht. Es ist lächerlich darüber zu streiten, ob das Wort Vertrauen oder Mißgunst dabei zu kommen dürfte oder nicht. Die Unterzeichnung der Regierung Marx liegt im Interesse der Arbeiterschaft. Das ist unsere Aufgabe von der Unterzeichnung des parlamentarischen Sozialismus. Unser größter Fehler, als wir in der Regierung saßen, war, daß wir nicht für die gleiche Regierung in den Ländern sorgten. Die Versuche in Coßlin, mit den Kommunisten zusammenzugehen, haben die bayerische Reaktion und die Reaktion im ganzen Reich gekostet. Die Frau Zeitung hat eine schwere Schädigung der Republik bedeutet. Unglücklich für das Reich und den Arbeiterstand und bedauerlich, so hätte man nicht vergessen, daß die Reichsregierung in einem Punkte recht beharren sollte. Sie hat durch den Belagerungsstand verschafft, daß sich der bayerische Stand nach Nordböhmen schied. Erstreckungsbeweise können wir feststellen, daß die bayerische Volkspartei sich jetzt für Erfüllungspolitik erklärt habe. In den Ermächtigungsgesetzen müßte es heißen, daß auch die Zustimmung im ganzen Ermächtigungsgesetz war.

Aber ich muß feststellen, daß es dadurch gelungen ist, die Rentenmark zu halten. Die kleine Koalition ist ja jetzt erledigt. Die große ist im Reich auch nicht möglich, aber nur das System Severings kann die Durchführung der Demokratie sichern.

Zur Rettung des Achtstundentages konnten wir auch nicht mehr tun, als wir getan haben. Wir haben richtige Anträge eingebracht, aber die Bürgerlichen haben sie abgelehnt.

Gegen den Belagerungsstand konnten wir aus taktischen Gründen nicht gleich Anträge einbringen.

Wir haben auch schon früher Schläppen überwunden. Auch die Schläppe bei den letzten Wahlen werden wir überleben.

Nachmittags Sitzung.

Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß 400 Teilnehmer anwesend seien, davon 285 Delegierte, 19 Mitglieder des Parteivorstandes, 11 Mitglieder des Parteiaususses usw.

Nach den kurzen und nicht so sehr interessanten Reden von Schulz für den Bildungsausschuß und Dr. Adolf Braun, der die Programme der Kommission entwirft, die einen Entwurf noch nicht ausgearbeitet habe, spricht Maximald Frankfurter zu den vorliegenden Anträgen. Er wendet sich noch einmal gegen die Unterzeichnung der Anträge gegen Fritz Ebert durch den Parteivorstand.

Wels setzt wieder auseinander, daß der Parteivorstand nicht berechtigt sei, sich mit den eingebrachten Anträgen zu beschäftigen.

Es folgt dann eine Geschäftsordnungsdebatte, in der es dem Präsidium gelingt, seine Wünsche restlos durchzusetzen. Jeder Redner darf nur 10 Minuten sprechen. Dittmann, der zur Begründung seines Antrages mindestens 20 Minuten verlangt, wird dies abgelehnt.

Die Diskussions.

Dittmann (mit Lachen empfangen): Wir hatten seit dem Vereinigungsparteitag erste Meinungsveränderungen. Die Bourgeoisie hat uns jahrelang gesteuert, mitzuregieren, am 2. Sturm, um sich auf uns abzulenken. Das ist ihr gelungen. Die Meinung der Opposition kann auf diesem Parteitag zum Ausdruck gebracht werden. Wir werden aber in der Partei unsere Ansichten bekämpfen lassen.

Toni Sender: Die SPD., die angeblich eine demokratische Partei ist, hat aus ihren eigenen Reihen die Demokratie verbannt. Die Resultate der Politik der Fraktionsmehrheit beweisen die Schädlichkeit dieser Politik. Die Partei gab ihr Ansehen preis, sie opferte die Demokratie, sie bahnte der Reaktion einen legalen Weg zur Aufrichtung ihrer Diktatur. Der Inhalt dieser Republik ist nicht mehr republikanisch, nicht demokratisch. Gegenüber dem Bürgerbund müssen wir für einen Zusammenbruch der Arbeiter eintreten.

Aufhäuser: Es sind aus der ersten großen Koalition und dann aus der zweiten herausgeworfen worden. Den Ermächtigungsgesetzen haben wir beide Male zugestimmt. Die Bourgeoisie hat ihr Ziel erreicht. Die Rentenmark ist in den Händen des Privatkapitals. Die Unternehmer sind die Herren dieser Republik. Wir haben Unruhen verhindert, aber die Bourgeoisie hat den Bürgerkrieg vorbereitet und geführt. Der geschlossene Bürgerbund wird bald kommen.

Seidewitz-Jordan: Wir müssen um Verständnis bitten für unsere Politik in Sachsen. Nach dem Ausdruck von Siewers sind uns die Kommunisten auf den Leim gegangen. Die Meinungsveränderungen in der SPD. sind durch unsere Bindungspolitik herbeigeführt worden. Wir glauben auf die Weisheit, wie wir es getan haben, am besten gegen die SPD. gekämpft zu haben. Es ist irrig, daß wir an der Reichsregierung Schuld wären. Unsere Politik war keine Dummejungen-Politik. Wir haben ebenso unsere Pflicht getan, wie die Sozialdemokraten im ganzen Reich.

Erzabel-Beck: Die Wahl war eine schwere Niederlage. Zu der vorhandenen Selbstzufriedenheit besteht kein Grund. Die Lage hat in den letzten zwei Jahren nur ein Fünftel, ja häufig nur ein Drittel des Friedensreallohn erhalten. Die Partei hat uns jedoch in diesen Verhältnissen. Man hat Cuno 8 Monate lang gestützt und auch vor der Dolchstoßlegende. Ebermann und Ebert sind auch Opfer der Dolchstoßlegende geworden, obwohl doch gerade sie keine Schuld an dem Ausbruch der Weltrevolution haben. (Lachen) Wenn die Kommunisten nicht weiter Erfolge machen sollen, müssen wir unsere Politik ändern.

Scheidemann (von Beifall begrüßt): Die Partei ist nur dort unbeschädigt gewesen, wo die Forderungen der Arbeiter und Zwicktraktat gefast haben, und unsere unerschütterliche Politik im Reichstag nicht begründet haben. Zu dem Antragsgegenstand gegen Ebert möchte ich sagen: Habt Ihr denn gar kein Schamgefühl (anbauerndes Klatschen und Beifall). Ebert mußte manches mit jedem Namen bedenken, was ihm nicht passte. Für das kaiserliche Deutschland sind Millionen in den Krieg gegangen, sollen wir uns an der Republik desinteressiert erklären? Es war ein schwerer Fehler, daß wir uns bei den letzten Verhandlungen der Regierungsbildung übergeben ließen. Eine Reichstagsauflösung und Neuwahlen sollen wir schnell herbeiführen, ja provozieren.

Ein Delegierter aus Berlin wendet sich gegen die Gewaltverhaftung des Parteivorstandes in Berlin.

Der Parteivorstand greift zur offenen Anhebung der Reichstagsfraktion — scharfe Zuschüsse gegen die Opposition.

Der dritte Verhandlungstag brachte ein letztes, kraftloses, wenn auch lautes Aufbäumen der Opposition, deren Vertreter von den Wels und Müller wie von einem mächtig abgefeuert werden. Es kam zu keinem neuen Entschluß, die Arbeiter hätten dieser Tagung der SPD. brauchen können — der Titel hätte sie geschüttelt über diese gewalttätige Durchsetzung einer kommunistischen Konzentration, noch mehr aber über die kommunistische Opposition eines parlamentarischen Parteitag. Der Saal, ist immer halbleer, nationalräde Bierwörterreden der Bolschewiken und Ebert, eine Resolution Hermann Müllers mit der Bolschewiken, wie's gerade trifft, annimmt, offene Koalition, große oder größte zu treiben, und eine ganze, zehnjährige Resolution eines Dittmann, die das Abbrechen nicht wert ist, so inhaltslos und halber in Beziehung auf die eingebrachten Wege!

Die parlamentarische Freiheit der Opposition wurde der Mehrheit während des Kampfes gekostet. Nachdem am Freitagmorgen ein einziger Oppositionsredner zu Wort gekommen war, wurde die „politische Debatte“ abgelehnt. Und nun sagete es Siebe an die Opposition vor den Wels, Müller und Erben. Wels forderte, daß die Opposition sich für die Ermächtigungsgesetze erklären sollte. Und dieser Herr, der vorher noch ein Wort über

meine an, wie sie allerdings kein aufrechter Metallarbeiter vor dem „grünen“ Robert Scheiden könnte. Aber der Kommunisten mit seinem Gefolge froh hier vor der Weisheit von Wels, die Opposition lachte. Der Parteivorstand belan diktorische Vollmacht, er hat sich das weitgehendste Recht auf Ausschluß jedes mißliebigen Oppositionellen verschafft.

Wir Kommunisten können mit Genugtuung feststellen, daß sich die Wels und Müller zu unserer Zeitkassation in der Partei befehrt hätten, wenn irgendeine Parallele möglich wäre. Aber die Diktatur Wels ist nichts als die schamlose Diktatur einer schamlosen gekauften Bonzenclique, die ihre Willkür bei bedingungslosen Unterstützung der Bourgeoisie durchführen will und dabei die freie Meinungsäußerung irgendwelcher Opposition erstickt will.

Es geht nach rechts, weit nach rechts, Koalition mit der Bourgeoisie ist schon Prinzip, große und größte Koalition ist die Parole. Aber daß der Wels die vielgepriesene Demokratie in der Organisation aufgeben muß, zeigt, wie verfaul diese Partei ist, wie sie in allen Fugen kracht. Es ist doch gewiß keine gefährliche Opposition, die Dittmann und Sender. Sie wollen doch nur die Arbeiter auf eine raffinierte Art und Weise von der kommunistischen Partei abhalten. Aber um wirklich erklärt da der Wels, daß er so etwas nicht brauchen könne, weil die Mitglieder und Arbeiter nicht die geringste Opposition betragen könnten, weil sie, erst in Bewegung gebracht, selbst viel weiter und zwar weg von der Partei des Arbeiterverrats gehen würden. Diese Tatsache muß unsere Genossen ermutigen, dem hohlen, zum Besten faulen Popanz kräftig zu Leibe zu rücken und den Tausch enden von belogenen und betrogenen Arbeitern zu Weg aus dieser Fäulnis und Hoffnungslosigkeit zu zeigen.

Jede Hoffnung auf die oppositionellen Oppositionsführer ist eitel. Die oppositionellen Sachen haben sich auf dem Boden der Koalitionspolitik geeinigt. Das ist das traurige Ende eines lärmenden „Aufbaus“. Aber nicht ganz wollen sie auf die gewöhnliche Demagogie verzichten. Die Landesparteitage dürfen resolutoren Beschlüsse fassen. Sie werden zwar vom Parteivorstand suspendiert werden. Aber dieser keine Trübsal bietet Gelegenheit zum jahrelangen Zankesflechten. Gültig erlaubt so viel der Wels, mögen die Arbeiter nur auf diesen Schwindel hereinfallen.

Die SPD-Führerschaft hat sich auf diesem Parteitag enthüllt als eine Clique, bei der Mehrheit der Opposition gleich faul sind. Ein neuer Mißbrauch der freien Gewerkschaften soll dieses moralische Gebilde retten. Aber die nächste rauhe politische Luft wird es zum Besten bringen. Aufgabe der Kommunisten ist es, jede noch angeführten Arbeiter die Tatsachen dieses SPD-Parteitages vor Augen zu halten.

3. Tag.

Nachdem nun eine halbe Stunde nach 9 Uhr, der festgelegten Eröffnungszeit, etwa die Hälfte der Delegierten anwesend ist, erhält zunächst ein Vertreter des Saargebietes, Sander-Saarbrücken, das Wort. Die Sozialdemokratie hat die verächtliche Zuchthausverordnung der französischen Diktatoren begrüßt, weil sie den Weg zum Völkerverbund zeigt und das Saarproblem auflöst. Deutschland muß in den Völkerverbund und soll einen Republikaner oder Sozialdemokraten in den Völkerverbund schicken. Wir im Saargebiet, im Kampf mit dem französischen Staat als größten Arbeitgeber der Welt, die Besitzer der Gruben, empfinden die Politik der Gesamtpartei, je nachdem als Härte oder als freundliche Tatsache. Saltet den Achtstundentag hoch!

In der Fortsetzung der politischen Debatte erhält daraufhin Soliman-Röhl das Wort, der sich zunächst Ströbel gegenüber verhält, allbeutliche Politik getrieben zu haben. Schon Bebel hat erklärt, daß die Arbeiter sich gegen eine Forderung richten wie ein Mann erheben würden, er wüßte, daß es ein Volksganzes gibt. Wir brauchen uns nicht geistig zurückerwart lassen, auf den Bebel des Ausnahmezustandes, sondern müssen uns vorwärts entwickeln. Unsere Haltung im Ruhrkampf ist von der gesamten Internationale gebilligt worden. Was wollte denn die Opposition? In ihrer Sonderkonferenz am 29. Juni verlangte sie den Sturz Cunos und ein Zusammengehen mit den Kommunisten. Das hätte den Sieg des Faschismus bedeutet. Auch wir wollten den Sturz Cunos, mußten uns aber erst versichern, daß wir darauf die große Koalition bilden könnten. Ich anerkenne, daß eine Politik im Saargebiet der SPD. geschadet hat, aber nur von dem Gesichtspunkt aus kann man nicht Reichspolitik treiben. Nicht ich bin für den Einmarsch in Sachsen und Thüringen verantwortlich zu machen, sondern diejenigen, die mit den Kommunisten zusammenarbeiteten. Wir müssen für diese Republik, so wie sie ist, im Kampf gegen die Kommunisten eintreten. Darum begrüße ich den republikanischen Jungkamm-Reichsbanner „Schwarz-rot-gold“.

Dr. Ries-Sena: Wir haben in Thüringen Arbeiterpolitik getrieben und die Kommunisten gezwungen, mitzumachen. Aber es mußte einmal nach links ausprobiert werden, wie weit wir gehen können, wie es schon nach rechts genügend ausgelastet haben. Unsere Politik hatte Erfolg, die Kommunisten haben bei den Reichstagswahlen starke Rückschläge zu verzeichnen. Aber Sellmann hat den Thüringer Genossen damals mitgeteilt, daß sich die Reichsregierung gegen Bayern richtete. Tatsächlich aber hat sich sich gegen Sachsen und Thüringen und gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Sellmann scheint nebelhafte Vorstellungen von Kultur zu haben. Wir dürfen also nicht antibolschewistische Politik schlechthin treiben, sondern Arbeiterpolitik, das heißt eine Politik, die eine wirklich gegen die Kommunisten gerichtete Politik ist. (Großer Beifall).

Sobbe-Breslau: Wenn der Parteitag abgelehnt habe ein Korreferat der Opposition zu hören, so weil man diese Geschichte schon hundertmal gehört hat. Die von Dittmann eingebrachte Resolution ist sehr mager, sie enthält 6 Absätze, die an der bisherigen Politik Kritik üben und in einem weiteren wird Klassenkampfpolitik verlangt. Und darüber will man namentliche Abstimmung. Es besteht offenbar die Absicht der Informierung. Freuen wir uns denn nicht über die verdeckte Koalitionspolitik unserer französischen und englischen Genossen? Wenn wir nun das Kabinett Marx am Leben erhalten, so, weil wir die Annahme des Sachverständigenausschusses sichern wollen. Wir müssen den Arbeitern die Wahrheit sagen: wir bringen nicht Frieden, Freiheit und Brot, sondern vorläufig nur den Frieden. Aber darum muß unser Parteivorstand aktiviert werden zur Verteidigung dieser Republik, die begräbe Reichsbanner „Schwarz-rot-gold“.

Robert Schmidt (ADGB): verteidigt die Koalitionspolitik. Er bittet, die Lohnkämpfe von politischen Tagesfragen freizuhalten.

(Fortsetzung folgt.)